



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/117

24. Mai 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Die gescheiterte Offensive	S. 1
Dreiwochen-Urlaub in Schweden	S. 3
Bundestagenachwahl in Donauwörth	S. 4

Zum sechstenmal 38. Breitengrad

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Mit einem letzten Stoss an der Ostflanke, zum erstenmal unter grösserem Einsatz von Panzern geführt, hat die kommunistische Heeresleitung versucht, ihrer Offensive noch einen Erfolg abzurufen, als im westlichen Teil bereits die Absetzbewegungen begonnen hatten. Der Stoss wurde aufgefangen, dann wandten sich auch hier die Kommunisten nordwärts. Der zweite Teil der Frühjahrs-offensive ist gescheitert wie der erste Teil. Ein dritter Akt ist damit, sofern die von US-Seite genannten Verluste der Kommunisten zutreffen, so rasch nicht zu erwarten. Immerhin wäre allzu grosser Triumph verfrüht, die Meldungen sprechen von einem geordneten Rückzug, der Feind ist also zurückgeschlagen, nicht geschlagen.

Die zweite, nun zusammengebrochene Offensive trägt die gleichen Merkmale wie ihr erster Teil: gründliche, artilleristische Vorbereitung und rücksichtsloser Masseneinsatz von Infanterie. Die erfolgsversprechende Waffe aber, Panzer in grösseren Mengen, fehlte. Damit war das Kampfziel von vornherein begrenzt. Es lautete offensichtlich, zunächst die UNO-Truppen südlich des 38. Breitengrades zu drängen, alles weitere sollte dann von der gegebenen Lage abhängen. Das Zurückdrängen gelang rasch, am Mittwoch setzte die Offensive ein, am Freitag mussten die letzten UNO-Truppen sich

unterhalb der so heiss umkämpften imaginären Linie zurückziehen. Als zum Wochenende die Kommunisten Hongchon im Mittelabschnitt berannten, erreichte die Schlacht ihren Höhepunkt. Hongchon in kommunistischer Hand wäre ein strategischer Sieg gewesen, hätte die UNO-Front spalten können und den Vormarsch auf Wonju, das Ziel der Neujahrs-Offensive, freigemacht. Aber die Truppen, die Hongchon stürmen sollten, waren bereits ermattet, die Offensivkraft an der ganzen Front war zu diesem Zeitpunkt bereits am überlegenen US-Material zerbrochen.

Die Führung der UNO-Truppen hatte der zahlenmässigen Überlegenheit der Kommunisten überlegene Feuerkraft und Beweglichkeit gegenüberzustellen. Es gab keinen Ort, der aus Prestige Gründen gehalten wurde, man wich elastisch aus und wo der Feind durchbrach, wurden motorisierte Reserven herangezogen und der Einbruch abgeriegelt. Wo nicht Prestige, aber strategische Überlegungen das Halten einer Stellung verlangten, wurde durchgehalten, wie z.B. vor Seoul. Beides, das elastische Ausweichen wie das Durchhalten, fordert den Truppen an Moral mehr ab als eine Offensive. Die UNO-Truppen haben diese Moral aufgebracht, sie unterscheiden sich damit wesentlich von den Soldaten, die vor einem Jahr hastig, unerfahren, aber mit dem falschen Bewusstsein der Überlegenheit ihres Materials in den Kampf geworfen wurden und erst durch schmerzhafteste Niederlagen gehen mussten, ehe sie zu der Erkenntnis kamen, dass das beste Material versagt, wenn nicht Männer mit Herz und Kopf dahinterstehen. So betrachtet, erweist sich Korea als der beste Truppenübungsplatz der Amerikaner, sowohl für die Mannschaft wie für die Führung.

Die zweite, wichtige Erkenntnis der nun gescheiterten Offensive ist, dass es den Kommunisten an Panzer fehlt. Das Rätsel um die Absichten Russlands mit dem koreanischen Kriegsschauplatz wird damit noch grösser, Maos Verlegenheit nicht einer, denn so gross sind auch sein Reserven an ausgebildeten Soldaten nicht, dass er sie divisionsweise unter die Raupenketten amerikanischer Panzer schicken kann.

Zum sechstenmal tritt der 38. Breitengrad in den Bereich militärischer Operationen, dreimal vom Norden, dreimal vom Süden. Zum fünftenmal sind Friedensgerüchte aktuell. Der Kurssturz an der New Yorker Börse von der vergangenen Woche hat sich nicht fortgesetzt und die Ankündigung des Hauptquartiers General Ridgways, dass der Vormarsch über den 38. Breitengrad hinweg ohne Begrenzung der Ziele aufgenommen werde, gibt den "aufholenden Tendenzen" der Wallstreet recht. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass die blutigen Lehren, die sich Mao jetzt zum zweitenmal am 38. Breitengrad geholt hat, den Boden für eine diplomatische Bereinigung des Koreakriegs aufgelockert haben. Der bevorstehende Jahrestag des Korea-Konfliktes wäre dafür ein ebenso sinniges wie sinnvolles Datum.

Dreiwochen-Urlaub in Schweden

K.R.K. Stockholm, im Mai.

Der schwedische Reichstag hat beschlossen, den Urlaub für Arbeiter und Angestellte von bisher zwei auf drei Wochen zu erweitern. Diese Verbesserung wird erst im Jahre 1953 voll in Kraft treten. Im nächsten Jahre wird die Hälfte der Verlängerung, nämlich 3 Tage, wirksam.

Bemerkenswert ist, dass dieser soziale Fortschritt von einem vollkommen einigen Reichstag gebilligt wurde. Die Bedenken, die während der Aussprache über den Gesetzentwurf geäußert wurden, betrafen nicht die Notwendigkeit des Beschlusses, sondern bezogen sich darauf, dass gewisse Schichten des Volkes an der Verbesserung nicht teilhaben, nämlich die kleineren selbständigen Unternehmer. Es wird versucht werden, den berechtigten Ansprüchen auch dieser Schichten durch gesetzliche Massnahmen Rechnung zu tragen.

Es ist nicht ohne Interesse, dass die bürgerliche Presse aller Schattierungen diesen sozialen Fortschritt warm begrüsst hat. Die in sozialen Dingen ziemlich rückständige "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" gab den Ton an, indem sie darauf hinwies, dass die Urlaubsverlängerung zwar eine Belastung der Produktion bedeute, dass man aber bisher immer mit solchen Hinweisen gegen soziale Verbesserungen gekämpft habe, ohne dass sich die Unkenrufe bewahrheitet hätten. Die moderne Gesellschaft habe nicht nur die technische Möglichkeit, diesen sozial gerechten Schritt zu tun, sondern habe auch die moralische Pflicht hierzu. Es sei, so schrieb die Zeitung, gerne anerkannt, dass der Wille und die Macht der modernen Arbeiterbewegung ausschlaggebend gewesen seien, ebenso selbstverständlich sei es aber, dass sich in einer wahren Demokratie verwirklichtbaren und gerechtfertigten sozialen Forderungen niemand hindernd in den Weg stellen wolle.

Es darf hinzugefügt werden, dass das Entgegenkommen der bürgerlichen Parteien just die Folge dieser Macht der Arbeiterbewegung ist. Das Bürgertum darf sich ganz einfach nicht gestatten, sozial rückschrittlich zu sein, wenn es Niederlagen seiner Parteien bei den nächsten Wahlen vermeiden will. Dass Schweden ein Sozialstaat bleibe, ist der Wille der überwältigenden Mehrheit des Volkes, und diesem Willen muss sich jeder Politiker beugen.

Bundestagnachwahl in Donauwörth

(sp) Am Sonntag findet im Wahlkreis 44, Donauwörth-Bayern, die Nachwahl für den verstorbenen Bundestags-Abgeordneten Martin Loibl (CSU) statt. Es wird, gemessen an den Landtagswahlen vom vergangenen Herbst, im wesentlichen ein Zweikampf zwischen dem CSU-Kandidaten, keinem Geringeren als dem Bundesernährungsminister Niklas, und dem SPD-Kandidaten, dem Bürgermeister von Nördlingen, Josef Weinberger, sein. Bei den Landtagswahlen hatte die SPD beträchtlich an Stimmen gewonnen, während die CSU sich gut behauptet hatte. Die Chancen des SPD-Kandidaten sind noch dadurch gestiegen, dass es nicht gelungen ist, eine bürgerliche Einheitsfront wie in Kulmbach herzustellen. Nicht einmal ein gemeinsames Vorgehen CSU und Bayernpartei kam zustande, ein symptomatischer Vorgang für die Bestrebungen, die beiden Parteien einander näherzubringen. Die FDP hat auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und ihren Anhängern empfohlen, einen "nicht-marxistischen" Kandidaten zu wählen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist in diesem Wahlkreis auch der BHE. Bei der Landtagswahl wurde er zur zweitstärksten Partei in diesem Gebiet, war aber damals mit der Deutschen Gemeinschaft (Hausleitner) gekoppelt. Jetzt gehen BHE und DG getrennt in den Wahlkampf, was naturgemäß die Aussichten des BHE-Kandidaten mindert. Die Kandidatur des BHE ergab zunächst verfassungsrechtliche Komplikationen, da der BHE zur Bundestagswahl 1949 nicht bestanden hatte. Durch Entscheidung des Bayerischen Innenministeriums wurde aber auch diese Partei jetzt zur Bundestagsnachwahl zugelassen.

+

M.R.München, im Mai

Seit den Novembertagen des vergangenen Jahres, da die SPD auch in Bayern als stärkste Partei aus den Landtagswahlen hervorging, sind die Gespräche zwischen prominenten Mitgliedern der CSU und der Bayernpartei (BP) nicht abgerissen. Sie begannen zunächst mit dem Experiment der Bayrischen Volksaktion, die von Regensburg ausging und haben sich in den letzten Wochen zwischen den einzelnen Parteispitzen fortgesetzt. Es gelang bekanntlich, in Bonn eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den Abgeordneten der CSU und denen der BP zustandezubringen.

In Bayern selbst macht diese Zusammenarbeit allerdings kaum Fortschritte. Hundhammer verhandelt zwar eifrig mit Baumgartner, mit dem Ziel, auch in Bayern etwas Ähnliches wie in Bonn herzustellen,

zumal die Gemeindewahlen in Bayern im Herbst fällig sind. Zur gleichen Zeit kündigt aber Baumgartner gegen die Regierung eine verschärfte Opposition an. Der junge BP-Abgeordnete Alfons Gassner wollte kürzlich in einer Versammlung in Niederbayern "dem Biedermann Ehard die Maske herunterreißen". Dass solche Äusserungen wenig geeignet sind, eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen den beiden "christlichen Parteien" zu schaffen, wird bei der CSU immer wieder festgestellt. Auch der Kreis um den Parteigründer der BP, Ludwig Dellinger, steht einer Annäherung zwischen CSU und BP mit äusserstem Misstrauen gegenüber, da er darin eine ernste Gefahr für die Selbständigkeit der BP sieht und es ist leicht festzustellen, dass dieser Kreis eher im Wachsen als im Schwinden ist.

Bei den Gemeindewahlen dürfte es zu einer ganzen Reihe von Wahlabsprachen zwischen CSU und BP, besonders in Ober- und Niederbayern kommen. Die jetzige politische Konstellation aber zugrundegelegt, dürfte ein allgemeines Wahlabkommen zwischen diesen beiden Parteien nicht möglich machen. Es wird sich vielmehr erweisen und es bedarf dazu nicht des Hinweises auf die Erfahrungen bei den Landtagswahlen in Niedersachsen - dass CSU und BP, wenn sie eine Listenverbindung eingehen, geschwächt aus den Gemeindewahlen hervorgehen. Dies wiederum würde eine erhebliche Stärkung der Autorität der gegenwärtigen Koalitionsregierung zwischen SPD und CSU bedeuten. Wenn von diesen Kreisen die Listenverbindung mit dem Ziel angestrebt wird, die SPD in Bayern aus der Regierung zu drängen, so wird man sich täuschen. Es wird sich vielmehr ergeben, dass die Sozialdemokratie auch nach den Gemeindewahlen so stark ist, dass alle Versuche scheitern müssen, die SPD aus der Regierung zu entfernen.

++
Nachrichten aus der Ostzone:

Nicht mehr Vopo, sondern "Behördenangestellter"

(sp) Allen Angehörigen der Volkspolizei wurde verboten, bei Anfragen und auf Fragebogen als Beschäftigung die Zugehörigkeit zur Volkspolizei anzugeben. Nach dieser Anweisung sollen sie sich als Behördenangestellte bezeichnen.

+
Neuer Flugplatz in Thüringen

(sp) Die Eisenbahndirektion Erfurt hat Anweisung erhalten, vordringlich den Ausbau der Strecke Bufeleben (bei Gotha) - Großbohringen vorzunehmen. Mit dieser Strecke soll eine Verbindung zu dem im Bau befindlichen Flugplatz in Grossbohringen geschaffen werden.

+++
 Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt